

Pfälzische Post

Organ der pfälzischen SPD

Organ für die Interessen des Volkes.



**Wahljahr 2017:
Direktwahlen in der Pfalz –
wer kandidiert wo?**

Vorwort



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir freuen uns sehr, euch heute die neueste Ausgabe der pfälzischen Post präsentieren zu können. Wieder einmal haben wir zahlreiche Beiträge aus den Gliederungen, von den Arbeitsgemeinschaften bis hin zu Meinungsbeiträgen einzelner Genossinnen und Genossen bekommen, die diese Ausgabe ermöglicht haben. Vielen Dank dafür. In dieser und in der kommenden Ausgabe der „Pfälzischen Post“ findet ihr Beiträge unserer Kandidatinnen und Kan-

didaten für den Bundestag und für die zahlreichen Direktwahlen, die in der Pfalz in den nächsten Wochen und Monaten anstehen. Denn es geht in den nächsten Monaten nicht nur um die Bundestagswahl.

Wir haben auch eine ganze Reihe von Direktwahlen in der Pfalz, viele Posten von Verbandsgemeindebürgermeistern, Landräten und Oberbürgermeistern sind neu zu besetzen. Ich kann voller Überzeugung sagen: wir sind gut aufgestellt. Die pfälzische SPD schickt ausgezeichnete Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen, die alle engagiert kämpfen. Bitte unterstützt sie entsprechend!

Die Vorbereitungen der Bundestagswahl haben einen ersten Höhepunkt bei der Aufstellung der Landesliste der rheinland-pfälzischen SPD. Dazu treffen wir uns zu einer Vertreterversammlung am 29. April in Lahnstein, wo wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten reihen. Ich bitte euch herzlich – auch wenn Lahnstein für viele aus der Pfalz ein Stück weiter weg ist – wenn ihr gewählte Delegierte seid, euer Amt wahrzunehmen. Lasst uns als SPD Pfalz und als SPD Rheinland-Pfalz ein starkes Zeichen setzen, mit dem wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten unterstützen.

Bis dahin wünsche ich euch schöne Tage und hoffe, ihr habt viel Spaß bei der Lektüre dieser Ausgabe der Pfälzischen Post!

Euer

**Alexander Schweitzer, MdL
Vorsitzender der SPD Pfalz**

Inhalt

Landrats- und Bürgermeisterwahlen in der Pfalz	3	Kommunalpolitik verstehen: SPD Stadtverband	
• Kreis Germersheim: Nicole Zor	3	Wörth am Rhein erklärt, wie Kommunalpolitik	8
• Stadt Ludwigshafen: Jutta Steinruck	3	funktioniert	9
• Stadt Neustadt: Pascal Bender	4	Neumitgliedertreffen Südpfalz	9
• Kreis Südwestpfalz: Peter Spitzer	4	Wahlkreisparteitag Neustadt-Speyer (WK 208)	9
• Kreis Kaiserslautern: Martin Müller	5	Pfälzer Stimmen für Frank-Walter Steinmeier	
• Kreis Kusel: Ulrike Nagel	5	als Bundespräsident	10
• Stadt Grünstadt: Martina Hauenstein	6	Doris Barnett: Mehr sozialer Wohnraum für	
• Kreis Südliche Weinstraße: Torsten Blank	6	starke Kommunen	11
• Donnersbergkreis: Michael Cullmann	6	Thomas Hitschler: Für realistische Ausgabenziele	
AG 60 plus: Ingrid Reske als Vorsitzende wiedergewählt	7	in der Sicherheitspolitik	11
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen:		Termine	12
Filmvorführung zum Frauenwahlrecht	8		

Impressum

Pfälzische Post. Organ der pfälzischen SPD. Neue Folge.
V.i.S.d.P: SPD Pfalz Julia Troubal, Maximilianstraße 31, 67433 Neustadt an der Weinstraße.
Layout/Gestaltung: dierck & meyer mediengestaltung, Ingo Dierck.

Landrats- und Bürgermeisterwahlen in der Pfalz

Kreis Germersheim: Nicole Zor

Was bewegt dich zu deiner Kandidatur?

Meine Kandidatur als Landrätin für den Landkreis Germersheim habe ich mir reiflich überlegt, ich stehe ja voll im Berufsleben in der eigenen Firma. Es gab viel Zuspruch in meiner Familie und in meinem Familienkreis. Ich bin eine Person, die sich sehr gerne für die Gemeinschaft einsetzt und sich mit Gestaltungswillen für gemeinsame Ziele einbringt. In unserem Landkreis kann vieles gestaltet werden, wenn man tatkräftig zu Werke geht, wichtige Entscheidungen trifft und Verantwortung übernimmt.

Welche Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten siehst du für deine Region oder Stadt?

Mit neuen und frischen Akzenten will ich mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam den Landkreis Germersheim voranbringen.

Mir ist es wichtig, dass die Wählerinnen oder Wähler mich nicht nur als Bewerberin um ein politisches Amt sehen. Sondern als jemanden, der für unsere Gemeinschaft etwas bewegen will.

Ich habe eine ganz klare Vision für unsere gemeinsame Zukunft. Ich möchte die Verbundenheit in unserer Region stärken. Wir müssen es schaffen uns gegenseitig zu helfen und füreinander einzustehen. Ich möchte keine Hinterzimmer-Politik und keine Entscheidungen in kleinen ausgewählten Gruppen machen. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, vor Entscheidungen genau informiert und einbezogen zu werden. Mir ist ein offener Meinungsaustausch wichtig – fair und mit Respekt. Verlässlichkeit,



eine starke Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit sind mir besonders wichtig – für unseren Kreis Germersheim.

Sozialdemokratin zu sein bedeutet für mich:

Für mich als Sozialdemokratin möchte ich eine Kultur der Transparenz und Offenheit schaffen. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Orientierung sollen alle Bürger den gleichen Zugang zu Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie erhalten. Ich will einen gerechten Interessenausgleich herstellen – für alle von uns.

Stadt Ludwigshafen: Jutta Steinruck

Ich kandidiere um das Amt der Oberbürgermeisterin, weil es mir nicht gefällt, zuzuschauen, wie Ludwigshafen unter seinen Möglichkeiten bleibt. Ich möchte Ludwigshafen gestalten und nach vorne bringen und zwar gemeinsam mit den Menschen dieser Stadt.

Mein Ludwigshafen ist eine junge, dynamische Stadt mit hoher Lebensqualität, geprägt von Offenheit und sozialer Verantwortung. Sie ist ausgestattet mit enormen Potenzialen in Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Technologie sowie in Kultur und Natur. Diese Potenziale gilt es zu nutzen.

Als eine der wichtigsten Kernaufgaben sehe ich den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ludwigshafen besteht nicht nur aus der BASF. Deshalb will ich gerade auch die Förderung und Beratung kleinerer und mittlerer Unternehmen vorantreiben. Ich sehe vor allem in der Digital-, Gesundheits- und Kreativwirtschaft sowie dem Handwerk



großes Entwicklungspotenzial. Alles Unternehmen, die vor Ort Gewerbesteuer zahlen.
 Ich höre von Bürgerinnen und Bürgern aber auch immer wieder, dass es schwierig sei, in Ludwigshafen bezahlbaren Wohnbau zu bekommen. Das muss sich ändern, indem wir den sozialen Wohnungsbau vorantreiben, denn Sozi-

aldemokratin zu sein, bedeutet für mich, sich auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft einzusetzen.
 Die OB-Wahl findet zeitgleich mit den Bundestagswahlen am 24. September statt. Bis dahin gilt es alle Kräfte zu mobilisieren, um sowohl im Bund als auch in Ludwigshafen die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Stadt Neustadt: Pascal Bender

Neustadt begeistert mich. Aber nicht nur mich, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger und unsere Gäste, die an diesen schönen Ort kommen. Unsere Stadt hat wunderbare Potentiale.

Wir haben eine gute Bildungslandschaft, eine erfolgreiche Winzerschaft, unser solides Handwerk und innovative Unternehmen. Ergänzt wird das durch die von den Bürgerinnen und Bürgern getragene kulturelle Vielfalt, die Baukultur und die Geschichte unserer Stadt. Diese Kombination macht Neustadt zu einer lebenswerten Stadt.

Diese Potentiale müssen wir endlich effektiver nutzen. Dafür braucht unsere Stadt Visionen, Ziele und Führung. Und sie braucht wieder den offenen Meinungs- und Informationsaustausch. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder eingebunden und mitgenommen werden in die gemeinsame Entwicklung unserer Zukunft. Dafür werde ich mich einsetzen.

Für einen gebürtigen Neustadter wie mich ist es eine Herzensangelegenheit, wie sich unsere Stadt entwickelt. Aus diesem Grund engagiere ich mich seit langer Zeit in Vereinen und in der Kommunalpolitik. Mein Anliegen ist es, den Neustart für unser Neustadt zu gestalten. Meine berufliche Laufbahn im Risikomanagement hat mich in verschiedene deutsche Städte geführt. Vor über zehn Jahren habe ich die unabhängige Makleragentur „Martens & Prahl Versicherungskontor Neustadt“ gegründet. Heute sind wir bundesweit für die deutsche Industrie und für andere Großkunden an zwei Standorten tätig. Neustadt ist und bleibt unser Hauptstandort. Denn hier sind meine Wurzeln, hier ist meine Heimat. Mit dem Eintritt in das Berufsleben war es mir ein Anliegen, mich für die Entwicklung



unserer Gesellschaft einzusetzen. 1991 wurde ich deshalb Mitglied der SPD. Als Stadtrat und als Vorsitzender der SPD Neustadt kämpfe ich für die Zukunft unserer Stadt und für eine gerechtere Gesellschaft.

Sozialdemokrat bedeutet für mich, mich für Menschen stark zu machen, die der Unterstützung bedürfen. Sozialdemokrat zu sein bedeutet für mich auch, für eine Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu sorgen, die durch Kommunikation und im gegenseitigen Respekt eine lebenswerte Zukunft für alle in der Stadt erreicht. Das ist meine Vision für meine Stadt: Neustadt begeistert.

Kreis Südwestpfalz: Peter Spitzer

Peter Spitzer ist erster Kreisbeigeordneter im Landkreis Südwestpfalz und bewirbt sich um das Amt des Landrats. Er bringt kommunalpolitische Erfahrung aus seinen Ämtern als Ortsbürgermeister seiner Heimatgemeinde Donsieders und Erster Beigeordneter der VG Rodalben mit. Sein Ziel ist es, Politik auf Augenhöhe zu machen und gemeinsam die Zukunft der Region zu gestalten.

Peter Spitzer ist 45 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Töchter. Der studierte Diplomingenieur im Bauingenieurwesen engagiert sich in seiner Freizeit ehrenamtlich für das Ehrenamt; Sportvereine im Bereich Fußball und Handball liegen ihm dabei besonders am Herzen.



Kreis Kaiserslautern: Martin Müller

Ich bin 54 Jahre alt, in zweiter Ehe verheiratet, habe drei erwachsene Töchter und zwei Enkelkinder. Solidarität und Gerechtigkeit waren mir schon immer wichtig, und deshalb war die Entscheidung für die SPD auch der logische Schritt. Dann habe ich begonnen, mich in der Kommunalpolitik zu engagieren, denn Dinge verbessern sich nicht durch Kritik und Nörgelei, sondern durch aktives Engagement. Deshalb bin ich auch mit Leib und Seele Stadtbürgermeister in Otterberg.

Was treibt mich also an, als Landrat zu kandidieren? Nun, die Antwort fällt mir leicht: Unsere Region ist lebenswert, doch es gibt noch einiges zu tun. Dafür will ich mich mit meiner ganzen Erfahrung aus meiner Tätigkeit in Ministerien und Verwaltung, meiner Kompetenz und meiner Energie einsetzen.

Entwicklungspotenzial ist vorhanden, auch wenn der Landkreis schon jetzt recht gut aufgestellt ist. Besonders die demografische Entwicklung ist ein großes Thema, dazu die digitale Infrastruktur, Bildung und Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und natürlich die Stärkung des Landkreises als Wirtschaftsstandort.

Um hier die Weichen für die Zukunft zu stellen, damit der Landkreis zukunftsfähig ist und sich die Menschen hier wohl fühlen, kandidiere ich als Landrat.



Kreis Kusel: Ulrike Nagel

Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder. Als Juristin bei der Kreisverwaltung bringe ich 25 Jahre Berufserfahrung in unterschiedlichen Leitungsfunktionen mit. Das ist eine gute Basis, um als Landrätin eine erfolgreiche Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger zu leisten. Seit 2008 bin ich Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz. Politisch engagiere ich mich seit über 20 Jahren in der SPD-Fraktion des Verbandsgemeinderats Kusel, 12 Jahre davon als Fraktionsvorsitzende. Seit 2011 bin ich ehrenamtlich Bürgermeisterin der Kreisstadt Kusel.

Meine Heimat liegt mir am Herzen. Deshalb will ich mich als Landrätin ganz dafür einsetzen, dass sie dauerhaft für alle ein attraktiver Lebens- und Arbeitsraum bleibt. Mit gebührenfreien Kindergartenplätzen für alle Zweijährigen, Ganztagschulen, günstigen Immobilien- und Baulandpreisen, einer schönen Landschaft, einem gut ausgebauten Bus- und Ruftaxisystem und seiner Lage an zwei Autobahnen bietet der Landkreis Kusel eine gute Lebensqualität für junge Familien. Mein Ziel ist es, das Kindergartenangebot auch bereits auf die Einjährigen auszudehnen, um Chan-



cengleichheit für die Eltern im Beruf zu gewährleisten und allen Kindern möglichst früh einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Besonders wichtig ist auch der flächendeckende Ausbau einer leistungsstarken Breitbandversorgung und des Mobilfunknetzes als entscheidende Standortfaktoren für Wirtschaft und Tourismus. Aber auch junge Familien, die zunehmend moderne Arbeitszeitmodelle nutzen und zeitweise von zu Hause aus arbeiten wollen, sind auf schnelles Internet angewiesen.

Natürlich soll man bei uns im Kreis auch gut alt werden können. Wir alle wünschen uns, sich die eigene Selbständigkeit

möglichst lange zu erhalten und in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben zu können. Das will ich unterstützen mit der Einführung eines Haustür- zu Haustürservice bei unserem öffentlichen Ruftaxi für Einkaufs- und Arztfahrten. Außerdem sollen auch in kleineren Orten durch den Umbau von Leerständen altersgerechte Wohnungen entstehen. Ich stehe für eine Politik des offenen Dialogs und des fairen und konstruktiven Miteinanders. Sozialdemokratin zu sein bedeutet für mich vor allem, umfassend für soziale Gerechtigkeit und Toleranz einzutreten. Gleichberechtigter, früher Zugang zu Bildung; gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die Zurückdrängung der Altersarmut sind für mich Kernbereiche.

Stadt Grünstadt: Martina Hauenstein

Am 7. Mai 2017 findet die Bürgermeisterwahl in Grünstadt statt. Ich habe das Ziel, Grünstadt mit großer Professionalität, Sachverstand, aber auch mit Herz, zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger voran zu bringen.

Als Bürgermeisterin kandidiere ich, weil mir meine Heimat am Herzen liegt und ich in dieser Stellung aktiv bei der Entwicklung der Stadt mit den Ortsteilen gestaltend mitwirken kann. Ich stehe für eine offene und transparente Politik und möchte mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam die anstehenden Probleme lösen und neue Ziele entwickeln.

Ferner strebe ich an, Grünstadt in den Bereichen Bildung, Arbeitsplätze, Infrastruktur, Sicherheit, Lebensqualität und Freizeit so weiterentwickeln, dass es als Mittelzentrum an Bedeutung und Attraktivität dazugewinnt. Grünstadt soll zu einer attraktiven Stadt für alle Generationen werden.

Ich bin Sozialdemokratin, weil ich hinter den Werten der SPD stehe. Gerade heute ist das Eintreten für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wichtiger denn je. Diese drei Grundpfeiler sind die Orientierung für mein Handeln.



Kreis Südliche Weinstraße: Torsten Blank

Torsten Blank soll für die SPD bei den Landratswahlen im Landkreis Südliche Weinstraße antreten und Nachfolger der amtierenden Landrätin Theresia Riedmaier werden. Torsten Blank ist 47 Jahre alt und Vater zweier Töchter. Er ist studierter Maschinenbauer und hat früher als Projektleiter bei den Pfalzwerken gearbeitet. Er freut sich auf die Her-

ausforderung und geht hochmotiviert in den Wahlkampf. Profitieren kann Torsten Blank dabei von seiner jahrzehntelangen kommunalpolitische Erfahrung. Als bisheriger Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Landau-Land bringt er die besten Voraussetzungen mit, um das Landratsamt zu erobern.

Donnersbergkreis: Michael Cullmann

Der Donnersbergkreis ist meine Heimat, hier lebe ich mit meiner Familie. Ich bin 52 Jahre alt, Vater von fünf Kindern und wohne in Rockenhausen. Nach der Ausbildung zum Büroinformationselektroniker habe ich in meinem Berufsleben als Angestellter in unterschiedlichen Bereichen in der EDV gearbeitet. Unter anderem als Seminarleiter für die Einführung der EDV in Handel, Dienstleistung und Handwerk und als Informatiker in einem Ingenieurbüro.

Meine politische Arbeit habe ich im Rat der Stadt Rockenhausen begonnen. Danach war ich ehrenamtlicher Erster Beigeordneter der Stadt und später auch Erster Beigeordneter der Verbandsgemeinde Rockenhausen.

2013 wurde ich zum hauptamtlichen Bürgermeister der Verbandsgemeinde gewählt. Als Chef der Verwaltung trage ich die Verantwortung für ca. 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch meine Vorkenntnisse im IT-Bereich wur-

den in Rockenhausen viele digitale Prozesse umgesetzt, so z.B. die papierlose Rechnungsbearbeitung und Informationssysteme für Ratsentscheidungen.

Ich kenne die politischen Mechanismen in Mainz und die Arbeitsweisen der Ministerien und möchte dieses Wissen gewinnbringend für unseren Donnersbergkreis einsetzen. Eine Herzensangelegenheit ist das Ehrenamt in unserem Kreis. Als Vorsitzender des Musikkreises Donnersberg bin ich in Sachen Kultur und musikalischer Ausbildung unserer Kinder unterwegs. Als Gründungsmitglied des einzigen „Lokalen Bündnis für Familie“ im Donnersbergkreis, unterstütze ich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mein politisches Credo lautet: Nicht nur davon sprechen, sondern erledigen.



Arbeitsgemeinschaft AG 60plus in der Vorderpfalz

Ingrid Reske als Vorsitzende wiedergewählt

Im SPD Unterbezirk Vorderpfalz hat sich die Arbeitsgemeinschaft 60plus für 2 Jahre neu aufgestellt. Mit Ingrid Reske als Vorsitzender, Walter Weddig als Stellvertreter und mit Karl-Heinz Geier als Schriftführer wurde wieder ein geschäftsführender Vorstand gewählt, der die Arbeitsgemeinschaft zuverlässig durch die nächsten zwei Jahre führen wird.

Die Bundestagsabgeordnete Doris Barnett gehörte zu den ersten Gratulanten. Einmal mehr hob sie in ihrer Rede „Nah bei den Menschen, nah bei euch“ die besondere Bedeutung sozialdemokratischer Politik für den Einzelnen hervor. Auch sie bedankte sich bei der Arbeitsgemeinschaft 60plus für die zuverlässige Unterstützung bei Sachthemen und im Wahlkampf.

Bereits im Grußwort äußerte sich die Europaabgeordnete Jutta Steinruck in gleicher Weise. Auch bei ihrer Kandidatur zur Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen erfahre sie bereits jetzt tatkräftige Unterstützung durch die größte Arbeitsgemeinschaft der SPD.

Der Regionalverbandvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60plus, Alexander von Rettberg, nahm selbstverständlich erfreut zur Kenntnis, wie die Arbeitsgemeinschaft wahrgenommen wird, und lobte in seinem Grußwort die gute Zusammenarbeit mit der größten Gliederung in der Pfalz.

Der Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60plus, Günther Ramsauer, leitete die Versammlung und berichtete in seinem Grußwort von den vielfältigen Aktivitäten im Land.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Doris Aman, Barbara Baur, Heinrich Baur, Peter Eisenberg, Waltraud Federkiel, Wolfgang Frey, Monika Knaul, Paul Ludwig, Wolfgang Müller, Hinrich Oetjen, Inge Pusch, Holger Scharff, Rudolf Schmid, Jutta Schumacher, Monika Schroth und Hans-Joachim Weinmann.

Ingrid Reske, Vorsitzende



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Filmvorführung zum Frauenwahlrecht

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen zeigte die ASF Pfalz gemeinsam mit den Jusos Pfalz am 27. 11. 2016 im Union-Kino in Kaiserslautern den Film „Suffragette“.

Wie beschwerlich der Kampf der Frauen für das, für uns heute so selbstverständliche, Frauen-Wahlrecht war, wurde sehr eindringlich dargestellt.

Es war das erste Mal, das wir uns an eine solche Film-Vorführung gewagt haben. Die Vorbereitungszeit war etwas kurz umso erfreuter waren wir, dass unserer Einladung viele gefolgt sind.

Wir haben die Filmvorführung dazu genutzt, Geld für das Frauenhaus Kaiserslautern zu sammeln. 300 Euro kamen zusammen, die wir dann noch vor Weihnachten überge-

ben konnten. Ursel Beate Arendt, die Leiterin des Frauenhauses, informierte uns sehr ausführlich über die Arbeit, die in diesem Haus geleistet wird. Wirklich sehr beeindruckend!

Das Motto für den Internationalen Frauentag 2017 lautete „Zeit für starke Frauen – Zeit für uns“. Wir feierten am Sonntag, dem 12. 3., in Grünstadt und nahmen uns viel Zeit für Gespräche. Viele starke Frauen waren an diesem Tage zu Gast : u. a. unsere ASF Landesvorsitzende Anke Schneider, die Bürgermeister-Kandidatin für Grünstadt, Martina Hauenstein, die Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Speyer/Neustadt, Isabel Mackensen. Ganz besonders freuten wir uns natürlich über die Rede unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer.



Kommunalpolitik verstehen

SPD Stadtverband Wörth am Rhein erklärt, wie Kommunalpolitik funktioniert

Ortsbeirat, Ortsvorsteher, Stadtrat, Beigeordnete und Bürgermeister, langjährigen Vertretern eines dieser Ämter wird es nicht schwer fallen, die Strukturen, Funktionen und Aufgaben der rheinland-pfälzischen Kommunalpolitik zu verstehen. Aber für die breite Bevölkerung ist dies auf Anhieb nicht nachvollziehbar. Und dabei sollen Bürgerinnen und Bürger doch wissen, welches Gremium wofür zuständig ist und wie diese ineinander greifen. Zugleich ist diese Intransparenz auch eine strukturelle Hürde für (junge) Menschen, die sich gerne kommunalpolitisch engagieren würden. „In den Schulen wird erklärt, wie die Europa-, Bundes- oder Landespolitik funktioniert, aber in die Tiefen der rheinland-pfälzischen Kommunalpolitik dringen die Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr vor. Diese Lücke müssen wir füllen und den Menschen Informationen liefern“, erklärt Mario Daum, Vorsitzender des SPD Stadtverbands Wörth am Rhein.

Aus diesem Grund hat es sich der SPD Stadtverband Wörth am Rhein zur Aufgabe gemacht, in einer kurzen Präsentation die einzelnen Ämter und Gremien sowie deren Auf-

gaben und Zusammenhänge am Beispiel der Stadt Wörth am Rhein darzustellen. Im Fokus steht aber auch, inwiefern sich Bürgerinnen und Bürger einbringen und informieren können. Die Präsentation steht auf der Internetseite der SPD unter www.spd-woerth-rhein.de zur Verfügung.*

Parallel dazu lädt der SPD-Stadtverband seit Oktober 2016 regelmäßig junge Menschen bis 35 Jahre zu Workshops ein. Bei diesen Workshops werden aktuelle stadt- und parteipolitische Themen und Ziele, wie z.B. die Zusammenlegung der Bäder oder die Errichtung eines neuen Sportzentrums, erläutert und diskutiert. „Es geht uns vor allem darum, junge Menschen für die Politik zu begeistern, ihnen verschiedene Option der Teilhabe zu bieten. Es ist vor allem auch ihre Zukunft, über die wir entscheiden“, so Dr. Dennis Nitsche, Bürgermeister der Stadt Wörth am Rhein.

*Gerne kann die Präsentation den Ortsvereinen zur Verfügung gestellt werden, so dass diese an die jeweiligen Verhältnisse in den Städten bzw. Verbandsgemeinden angepasst werden kann. Anfragen an mario.daum@spd-woerth-rhein.de

Neumitgliedertreffen Südpfalz



Auf großes Interesse stieß das Neumitgliedertreffen des SPD Unterbezirks Südpfalz. Bei einem gemeinsamen Meinungsaustausch mit dem Unterbezirksvorsitzenden Thomas Hitschler, dem Unterbezirksgeschäftsführer Herbert Berberich und dem Mitgliederbeauftragten Wolfgang Thiel stellten sich die Neumitglieder vor und erläuterten ihre Beweggründe für den Eintritt in die SPD. Als einen

der Gründe für den Eintritt nannten die Mitglieder den Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Andere Teilnehmer des Treffens sehen in der SPD die einzige Partei, in der sie sich politisch engagieren können. Auch die Themen soziale Gerechtigkeit und Europa wurden ausführlich diskutiert. Hier erwarten die Neumitglieder starke politische Impulse von Ihrer Partei.

Wahlkreisparteitag Neustadt-Speyer (WK 208)



Auf große Resonanz stieß der erste gemeinsame Wahlkreisparteitag im Bundestagswahlkreis Neustadt-Speyer. Eingeladen waren alle Mitglieder im Bundestagswahlkreis 208, sodass Genossinnen und Genossen aus den beiden Unterbezirken Neustadt-Bad Dürkheim und Vorderpfalz in Schifferstadt zur Premiere dieser Veranstaltungsform zusammenkamen.

Ziel war es, ein Positionspapier für die anstehende Bundestagswahl zu erarbeiten. Unter der Moderation des Unterbezirksvorsitzenden Christoph Glogger diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im open space-Verfah-

ren. Nach inhaltlicher Einführung durch die Bundestagskandidatin Isabel Mackensen standen Themen wie soziale Gerechtigkeit und Renten- und Gesundheitsreform im Mittelpunkt der Arbeitsgruppen. Nach der Gruppenphase wurden die Ergebnisse der einzelnen Gruppen im Plenum beraten, diskutiert und abgestimmt.

Die Schlussrunde zeigte, dass viele Teilnehmende zuerst nicht gewusst hatten, was sie erwartet, aber jetzt durchweg begeistert sind und sich solche aktiven Beteiligungsformen generell für Parteiveranstaltungen und Konferenzen wünschen.

Pfälzer Stimmen für Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident



Die vom rheinland-pfälzischen Landtag gewählten Mitglieder der SPD-Fraktion der 16. Bundesversammlung im Berliner Reichstagsgebäude.

Am 12. Februar hat in Berlin die 16. Bundesversammlung Frank-Walter Steinmeier mit überwältigender Mehrheit zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Unter den zwölf von der rheinland-pfälzischen SPD-Fraktion vorgeschlagenen Personen befanden sich neben Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem SPD-Landesvorsitzenden Roger Lewentz auch drei Mitglieder aus der Pfalz: Jutta Steinruck, Europaabgeordnete und Ludwigshafener OB-Kandidatin, der ehemalige SPD-Bezirksgeschäftsführer und Landtagsabgeordnete Manfred Geis sowie Alexander Fuhr, stellvertretender Vorsitzender von SPD-Landtagsfraktion und der pfälzischen SPD. Ihm wurde zugleich die Leitung der sozialdemokratischen Delegation von seiner Fraktion übertragen.

„Wir sind sehr stolz über diese besondere Ehre und freuen uns, dass wir mit unseren Stimmen Frank-Walter Steinmeier zu unserem nächsten Bundespräsidenten wählen konnten. Deutschland hat mit unserem langjährigen Außenminister ein hervorragendes Staatsoberhaupt gewonnen. Frank-Walter Steinmeier findet völlig zu Recht parteiübergreifend eine breite Unterstützung und wird auch von der großen Mehrheit unserer



Delegationsleiter Alexander Fuhr gratuliert Frank-Walter Steinmeier nach dessen Wahl zum neuen Bundespräsidenten.

Bevölkerung als bestens geeignet angesehen, um als Bundespräsident unser Land nach innen und außen würdig zu vertreten“, so Delegationsleiter Alexander Fuhr nach der Wahl des insgesamt dritten Bundespräsidenten aus den Reihen der SPD.

Mehr sozialer Wohnraum für starke Kommunen



Mehr soziale Gerechtigkeit – so lautet das Motto, unter dem Martin Schulz in den Wahlkampf für die Bundestagswahl am 24. September 2017 geht. Das ist nur konsequent bei der Vielzahl von Bereichen, in denen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Gerechtigkeit in Deutschland noch stärken müssen!

Ein wichtiges Thema zur sozialen Gerechtigkeit, das uns derzeit im Bundestag beschäftigt, ist der Notstand im sozialen Wohnungsbau.

Viele Städte brauchen dringend Wachstumsperspektiven und mehr bezahlbaren Wohnraum. Mit der Neuregelung des Baugesetzbuches wird die nachträgliche bauliche Verdichtung der Innenstädte durch die Kommunen leichter und schneller. Außerdem werden bestehende Rechtsunsicherheiten bei der zunehmenden Vermietung sogenannter Ferienwohnungen und Unterkünfte durch Anleger, Finanziere und Privatpersonen (bspw. über Onlineportale) reduziert. Auch hier fordern wir mehr soziale Gerechtigkeit! Die allein von Gewinnstreben geleitete Masche, kurzzeitig und zu horrenden Preisen zu vermieten, entzieht echten Mietinteressenten dauerhaft den Wohnraum. Auch der Bund steht hier in der Pflicht, einen Beitrag zu leisten und stellt 1,5 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau bereit – ein deutliches Zeichen gegen soziale Ausgrenzung und Verdrängung.

Es braucht also dreierlei: Kommunale Verdichtung, staatliche Investitionen und eine klare Rechtsordnung für ein neues Zusammenleben in der Stadt.

Doris Barnett

Für realistische Ausgabenziele in der Sicherheitspolitik

Aktuell läuft in Berlin eine große Diskussion darüber, ob Deutschland 2% des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausgeben soll. Für uns wäre das eine Summe von fast 70 Mrd. Euro jährlich. Ich halte das nicht für sinnvoll.

Richtig ist, dass die Bundeswehr ausreichend Geld für bessere Arbeitsbedingungen und eine funktionierende Ausrüstung braucht. Dafür haben wir in den vergangenen Jahren die Weichen gestellt. Aber dafür brauchen wir keine Verdoppelung des Verteidigungshaushalts.

Entscheidend ist dabei nicht nur wie viel, sondern wie das Geld investiert wird. Rüstungsprobleme der Bundeswehr hängen nicht ausschließlich am Geld. Oft wurden die Mittel nicht einmal abgerufen. Rüstungsgüter gibt es nämlich nicht von der Stange. Entwicklung braucht ebenso Zeit, wie neues Personal auszubilden und Infrastruktur zu modernisieren. Den Wehretat kurzfristig aufzupumpen bringt wenig. Für sinnvolle Investitionen müssen erst Strukturen geschaffen werden, die auch funktionieren und in der Lage sind, effizient zu arbeiten.

Mit den 2% mehr für Verteidigung wäre Deutschland auf einen Schlag die größte Militärmacht Europas. Zwar befürworten viele EU-Staaten ein stärkeres Engagement Deutschlands. Man darf aber bezweifeln, ob diese Dominanz für Europas Sicherheit wirklich zuträglich wäre. Statt stur nationale Wehretats zu erhöhen, sollten wir mehr Geld, Ideen und Leidenschaft in gemeinsame europäische Strukturen und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit unseres Kontinents stecken. Gerade jetzt wäre mehr Europa etwas, was wir Sicherheitspolitiker gut gebrauchen könnten. Sicherheit umfasst außerdem mehr als nur Militär. Diplomatie, Entwicklungshilfe und Krisenprävention sind oft zielführender und müssen viel stärker miteinander kombiniert werden. Ein sinnvoller Vorschlag ist es, statt des bisherigen 2%-Ziels der NATO ein 3%-Ziel für Frieden und Ordnung anzupeilen und genau diese Art der vernetzten Sicherheit dort zu anzupacken.

Thomas Hitschler

Terminhinweis:
Pfalztreffen der SPD
in Ludwigshafen
10. September 2017

Wahltermine in der Pfalz:

- 7. 5. Donnersbergkreis**
Kandidat: Michael Cullmann
- 7. 5. Landkreis Südwestpfalz**
Kandidat: Peter Spitzer
- 14. 5. Kreis Germersheim**
Kandidatin: Nicole Zor
- 11. 6. Landkreis Kusel**
Kandidatin: Ulrike Nagel
- 11. 6. Kreis Südliche Weinstraße**
Kandidat: Torsten Blank
- 24. 9. Kreis Kaiserslautern**
Kandidat: Martin Müller
- 24. 9. Stadt Ludwigshafen**
Kandidatin: Jutta Steinruck
- 24. 9. Neustadt an der Weinstraße**
Kandidat: Pascal Bender